

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einjährig Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 21. Juli 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfgefallene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Werbeanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 83

Allerlei Fragen, Vorgänge und kritische Punkte

Abweichend von dem Brauch, Einsendungen aus Kollegenkreisen maulenweise zu bringen, um so gewissermaßen zu einseitigen Nummern zu gelangen, muß unter dieser Sammelüberschrift einmal ein Artikelpöppel veröffentlicht werden. Diese Sachen sind zum Teil schon recht alt und können deshalb nicht noch länger liegen, bis etwas Ähnliches gebracht werden könnte. Des Raumes wegen und weil sie sämtlich durch kürzere Fassung nur gewinnen, haben diese Einsendungen meistens lächliche Streifungen erfahren. Die Redaktion.

Zum Offenen Briefe von Walter Malthe

Die Ausführungen in diesem Briefe (Nr. 65 des „Korr.“) beruhen auf guter Beobachtung und verhalten ein klares Urteil. Die Malthe'sche Lehre, wonach die Bevölkerung stets nach den Ernährungsregeln drängt und wonach es keinen Ausweg für die Menschheit gibt, als schließlich durch Hunger wieder dezimiert (eingeschränkt) zu werden, ist durch den Amerikaner Henry George, der ja auch der schwarzen Kunst angehört und der Begründer der neuzeitlichen Bodenreformlehre wurde, hinlänglich widerlegt worden. Ich empfehle Ihnen kein Werk „Fortschritt und Armut“, in dem er die Zusammenhänge aufdeckt, wie trotz allen Fortschritts die Differenz zwischen Reicher und Milliardär nicht zu beseitigen ist, solange die Grundrente, die ja alles auslaugt, dem zufälligen Bodenbesitzer gehört, statt der Allgemeinheit, die sie hervorbringt. Henry George wußte darauf hin, daß ein Volk, das in eine schwarze Ebene sinkt, nicht mehr aufsteht, während der Mensch durch Erziehung durch die Sackgasse hindurch den Bestand der Herden vermehren konnte, daß ferner das Meer unerlöschlichen Reichtum an Nahrungsmitteln bietet, und daß im Zeitalter des Dampfes und wohl bald auch der Luftschiffe stets Ausgleich zwischen den Ländern, ja Erdteilen geschaffen werden kann, wenn da oder dort Mähernten stattfinden.

Auch darin haben Sie recht, daß Arbeit für alle da wäre, da jeder Mensch nicht nur einen Mund zum Essen, sondern auch zwei Hände zur Arbeit hat. Man muß ihn nur arbeiten lassen. Aber daran fehlt es eben unter dem kapitalistischen Profitstreben. Eine Abbildung kann und wird sich da finden lassen. Wie, ist sehr hübsch geschildert in Ebdorfer's „Reise nach Grönland“ (Reclam). Die Freiheit des Bodens ist eine Forderung, die wir schon in der Bibel finden, wo es heißt: „Die Erde ist mein, ich will sie nicht den eigen nennen, denn du bist nur ein Fremdling darauf“, und wenn der Prophet Jeremia sagt: „Ihr sollt nicht Acker an Acker und Haus an Haus reihen, bis die Armen nicht mehr zu leben haben“. Wir haben Gottes Gebote nicht beachtet, wie andre es ausdrücken, wir sind von den Naturgesetzen abgewichen und haben die Folgen in unfern unnatürlichen wirtschaftlichen Verhältnissen zu tragen. Das heißt noch die Folgen des Friedensvertrags dazu kommen, ändert an der Sache selbst nichts. Durch die einseitige Beschlagnahme der Grundrente durch die Grundbesitzer entziehen die Verhältnisse, die es den kapitalistischen Unternehmern ermöglichen, die Preise nach ihrem Gutdünken steigen und fallen zu lassen und eine Reservearmee von Arbeitslosen und Lohnbrüchern bereitzustellen. Selbst Sozialdemokraten haben behauptet, das ehern Lohngesetz sei ein Irrtum. Ich kann das auch nicht finden; so lange die Verhältnisse nicht jeden Arbeit finden lassen, wird der Lohn immer nach dem Minimum drängen. Was nun die Behauptung anbetrifft, daß es zuviel Menschen gäbe, so ist dazu zu sagen, daß aller Fortschritt doch nur durch das Zusammenleben und die Vermehrung der Menschen möglich ist. Eisenbahnen und Dampfschiffe haben nur Zweck, um große Menschenmassen ihrer bedürfen. Aber die Wirkung der Bodenreform sagt Adolf Damachke in seinen „Aufgaben der Gemeindepolitik“: „Wenn das Finanzwesen einer Gemeinde wirklich sozial ausgestaltet ist, so wird sie reich genug sein, die Besserstellung der wirtschaftlich Schwachen durchzuführen, ohne irgendwelche Arbeit in ihr belassen zu müssen. Der Vorteil einer Erhöhung der Lebenshaltung von Hunderten, vielleicht Tausenden von Familien in der Gemeinde aber wird allen produktiv tätigen Gliedern dieser Gemeinde wieder zugutekommen. Wenn tausend Familien in einer Gemeinde in jeder Woche auch nur 2 Mk. (im Frieden) zu verdienen haben, so bedeutet das ein Verlangen von wöchentlich 2000 Mk. mehr an Kleidern, Schuhen, Möbeln, Gemüse, Eiern, Butter usw., das heißt eben so

viel mehr Arbeit für den Schneider, Schuhmacher, Tischler usw., ebenso viel mehr Belegung der Produktion und des Handels.“ Es ist ein Fiel, der nach oben drückt, während er sehr wenig nach unten wirkt. Freiland und ausreichende Verlegung der Arbeitsunfähigen, das sind die beiden Hauptfordernisse für die Lösung der sozialen Frage.

Dresden.

F. Barth.

Gleiches Recht für alle

Vor mir liegt die Nr. 62 des „Korr.“ (2. Juni). Unser Kollege Gildenberg veröffentlicht darin einen feiner ausgezeichneten Beitrag über Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht, auf welchen Gebieten er eine Autorität ist. Wie wertvoll z. B. ist die Kenntnis der in angeführter Nummer enthaltenen Bestimmungen über die Unfallversicherung! Es ist aber aus dieser Vorlegung wie auch aus früheren über die Invalidenversicherung noch etwas andres zu erleben: Wie unendlich kompliziert, paragraflich, verknäuelert die Rentenberechnungen sind; derart, daß nach einem bei uns landläufigen Ausdruck „keine wilde Sau“ drauskommt.

Wie bürokratisch die Bestimmungen dieser Gesetze noch dazu gehandhabt werden, davon kann derjenige Arbeiter ein Liedlein singen, der das Unglück hat, wegen einer Unfalls-, Kranken- oder Invalidenrente oder eines Beitrags zu Zahnerloß, Selbstbehandlung usw. die nötigen Schritte bei den Versicherungsanstalten machen zu müssen. Mehrmalige Vorladungen zur Polizei, zum Bezirksarzt usw. bringen viel Zeitverräumnis und Ärger; zur Auszahlung fächerlich geringer Beträge brauchen die Versicherungsämter viele Monate.

Vergleichen wir nun damit, wie einfach dagegen die gleiche Sache bei den im öffentlichen Dienste (Reich, Staat und Städten) lebenden Beamten, Angestellten und Arbeitern gehandhabt wird. Bei Eintritt von Unfall, Invalidität oder des Pensionalters überhaupt werden dieselben einfach mit dem schon vorher gefällig festgelegten Betrag pensioniert. Sie haben keine Zeitverräumnis, keine hochnotpeinlichen ärztlichen Untersuchungen und brauchen nicht zu beschreiben, daß ihnen womöglich nach einiger Zeit wieder ein paar Paplermark von der „zu hohen“ Rente abgezwaht werden.

Könnte man denn die Sache nicht dergestalt auch beim gewöhnlichen Arbeiter in der Privatindustrie, beim privaten Arbeitgeber, regeln, daß das Reich ebensoviel Zuschuß zu den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gibt, daß man jedem versicherten Arbeiter für den Fall der Arbeitsunfähigkeit ein annäherndes Ertragsminimum, melnetwegen auch abgestuft nach Alter oder Beitragszahlungen, sicherstelle? Durch die kolossale Vereinfachung des Verwaltungsapparats, Ersparnis an Arztkosten usw. würde sich der Mehraufwand auf eine ganz erträgliche Summe reduzieren.

Niemand mißgünstig gewiß den Beamten und bei einer öffentlichen Körperlichkeit angestellten Arbeitern ihre glücklicheren Verhältnisse. Aber wer wollte leugnen, daß in bezug auf vielseitige Kenntnisse, Fertigkeiten und fleißige Weiterbildung sowohl als auch — wegen der Rentabilität der Betriebe — in bezug auf Arbeitsleistung von jedem Privatunternehmer oftmals ganz andre Anforderungen gestellt werden als an die Angestellten in öffentlichen Betrieben? Wer könnte ferner bestreiten, daß die Umwälzung von 1918 den öffentlich Angestellten manches mühe- und kostenlos in den Schoß geworfen hat, wofür die Privatarbeiter in ihren Gewerkschaften als Pioniere gewirkt und jahrelang (die Buchdrucker über 50 Jahre) gekämpft und Opfer über Opfer gebracht haben?

Darum wollen wir fernerhin uns nicht mehr als Bürger zweiter Klasse fühlen. Gerade die große Masse der Privatarbeiterschaft, die produktiv Schaffenden, soll doch sowohl beim sogenannten wirtschaftlichen Wiederaufbau und bei Erfüllung der Friedensforderungen durch Arbeit und — Zahlen die größte Last tragen, und sie darf darum den Ruf nach wenigstens annähernder Gleichstellung mit Recht erheben.

Man sollte nun meinen, diese wirkliche Sozialreform gefälligst jetzt zu legen, mühte eine der dringendsten Aufgaben nicht bloß der Gewerkschaften, sondern auch der Reichsregierung und der politischen Parteien sein! Eine Aufgabe, dringender noch als eine neue deutsche Rechtschreibung oder der Streit um die Reichsfarben, und wer des Schweißes aller Ecken, in diesem Fall aller wahren Arbeiter- und Vaterlandsfreunde! Steht ja doch, wie man seinerzeit gelesen hat, in der wunderschönen

Weimarer Verfassung, die sich die deutsche demokratische und soziale Republik gegeben hat, auch etwas von gleichen Rechten und Pflichten aller Staatsbürger!

Angesichts der moralischen Überlegungen, welche eben diese Republik dadurch bei der großen Masse des eignen Volkes und in der ganzen Welt machen würde, müßten sich etwaige Opfer gerade im Sinne eines erweiterten „Wiederaufbaues“ hundertfach bezahlt machen.

Freiburg i. Br.

K. H.

„Nachahmenswerte Beispiele!“

Eine Rundschau aus Köln unter obigem Stichwort in Nr. 55 des „Korr.“ veranlaßt mich zu folgenden Ausführungen: Beilage No. 123 berichtet von einer kernhaften Verlegung von 6 bis 15 Tagen der Firma Hermann Gompertz in Köln. Sehr schön und lobenswert. Man könnte sogar sagen, es zeugt von einem nachahmenswerten sozialen Verständnis der betreffenden Firma. Aber gerade in dieser Beziehung hapert es bei der genannten Firma. Dem Einsender der No. 123 möchte ich ans Herz legen, wenn er es für nötig hält, diese „soziale Tat“ seiner Firma zu veröffentlichen, auch für die Bekanntgabe anderer „Geldschüsse“ in seinem Geschäft Sorge zu tragen, damit die Kollegenchaft und die Öffentlichkeit kein falsches Bild von der „sozialen Einsicht“ der Firma S. O. erhält. Die Firma hat es fertig gebracht, zwei erkrankten Kollegen die Kündigung ins Haus zu schicken. Eine derartige Handlungsweise kann nicht genügend gebremst werden. Aberhaupt scheint diese Methode Schule zu machen. Man beruft sich hierbei auf § 123 der Gewerbeordnung. Sogar der Betriebsrat der Firma S. O. erklärte meine Äußerung als zu Recht bestehend im Hinblick auf diesen famolen Paragraphen. Es kam jedoch zu einer Einigung und man zahlte mir eine Entschädigung.

Es wäre nun Aufgabe unrer Gehilfenvertreter, bei der ersten besten Gelegenheit, den Vertretern der Prinzipalität mit allem Nachdruck zu sagen, daß derartige Maßnahmen nicht dazu beitragen, den Glauben an das soziale Verständnis der Prinzipalität innerhalb der Gehilfenchaft zu stärken.

Den Betriebsräten und Betriebsobstleuten möchte ich empfehlen, bei allen derartigen Fällen ihre Zustimmung zu verweigern und sich nicht wie in vorliegendem Falle einleisen zu lassen. Uns übrigens wäre es wohl angebracht, mit der Einsendung von „Nachahmenswerten Beispielen“ etwas vorsichtiger zu sein.

Köln.

K. D.

Nicht nachahmenswertes Beispiel

Die Grobdruckerei Otto Esner, A.-G., in Berlin konnte am 1. Juli auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken. Eine im Januar stattgehabte Sitzung des Arbeiterrats und der Vertrauensleute beschloß, der Firma am Jubiläumstage durch den Betriebsrat eine Adresse überreichen zu lassen. Der später neugewählte und jetzt in Funktion befindliche Betriebsrat glaubte darüber hinaus noch eine Photographie des Gesamtpersonals herstellen lassen zu müssen; eine Ansicht, die ein erheblicher Teil der Mitarbeiter nicht teilen konnte in Anbetracht des realitätsnahen Verhaltens der Firma am 9. November v. J., als das Gesamtpersonal auf drei Tage ausgesperrt wurde, weil es den Revolutionsstag für sich beanspruchte. Die Firma achtete die persönliche Überzeugung derjenigen, die sich nicht zum Photographieren hergaben, trotzdem sie teilweise bis zu 20 Jahren im Geschäft tätig sind, dadurch, daß sie sie von der sogenannten Jubiläumsspende ausschloß, welche nach Wunsch, politischem Verhalten und Geschäftszugehörigkeit mit Summen von 50 bis zu 500 Mk. an die Photographierten zur Verteilung gelangte. Das Verhalten der Faktoren und des Betriebsleiters in dieser Angelegenheit als Verbandsmitglied wird an anderer Stelle gewürdigt werden. Die Arbeitsfreudigkeit im Betrieb und der Ruf der Firma Esner bei der Berliner Gehilfenchaft wurden auch durch diese Maßnahme sehr gehoben!

Das Verhalten der Firma ihrer Arbeiterschaft gegenüber fordert zu öffentlicher Kritik um so mehr heraus, als der Firmeninhaber in einer Ansprache an das Personal am Vorabend des Jubiläums seiner Ansicht dahin Ausdruck gab, daß die Firma auch in sozialwirtschaftlicher Hinsicht auf der Höhe sei, und die Verteilung einer allgemeinen Jubiläumsspende für Sonnabend, den 2. Juli (am 1. Juli war Geschäftsruhe), in Aussicht stellte. Zum Be-

welle dafür, daß die Spende nach Günst und politischer Überzeugung verteilt wurde, dienen folgende Fälle: Einem Kollegen, der 27 Jahre im Geschäft ist, wurden 150 Mk. übermieten, andere über 25 Jahre im Geschäft 500 Mk., einem bei 15^{1/2}, Jahren 150 Mk., bei 16^{1/2}, Jahren 250 Mk. usw. Von drei Kollegen der Werksabteilung, die am Tage des Photographierens in Ferien waren, erhielten zwei die Zuwendung, der dritte bekennt sich zur kommunistischen Partei und ging leer aus. Besonders der letztere Fall hat bei der Kollegenchaft Empörung hervorgerufen deshalb, weil alle als „Inkassen“ zwischen Gehilfen und Inhabern in Betracht kommenden Personen Buchdrucker und Verbandsmitglieder sind.

Eine Anzahl von Kollegen der Firma Eisner schreibt uns noch: Der „Korr.“ Nr. 77 gelangt soeben in unreine Hände mit dem „Nachamenswerten Beispiel“, die Sublämsleiter der Firma Otto Eisner, Berlin, betreffend. Wir stellen demgegenüber fest, daß von insgesamt 117 Verbandskollegen der Werk-„Kontrollkommission“ und Selbstmaschinenabteilung nur 45 die „Spende“ erhielten.

Weiter wird uns noch geschrieben in dieser Sache, die hiermit von jeder Seite als abgeschlossen zu betrachten ist: Die Firma Otto Eisner hat am 8. Juli den meisten Kollegen, die am 2. Juli keine Sublämspende erhielten (die Lehrlinge bekamen 150 Mk.), ebenfalls eine solche ausgezahlt.

Provinz- und Großstadtversammlungen

Seit der „glorreichen“ Revolution, überhaupt seit der Spaltung der Arbeiterbewegung in verschiedene politische Parteien, ist auch der Teufel öfters in den Gewerkschaftsversammlungen los. Nun sind wir Buchdrucker die unglücklichsten Geschöpfe in dieser Beziehung. Wir sind perurteilt, in allen politischen Druckereien zu arbeiten, ob mit der politischen Überzeugung oder nicht. Alle Kollegen können z. B. nicht in sozialdemokratischen Betrieben unterkommen, viele würden vielleicht auch nicht hineingehen wollen. Ja, ich möchte behaupten, daß mancher Kollege lieber in einer bürgerlichen Druckerei schloß als in einer Parteidruckerei. Sonderbarerweise kommen aber in den Versammlungen die bürgerlichen Geschäfte meist allein unter den Schritten. So auch die Druckerei, in der ich arbeite. So eben vergeht eine Versammlung, wo darauf nicht Solz gebadet wird. Über gerade diese Druckerei hat die weitbekannteste Freibeitlerin geschrieben. Diese Druckerei hat es sich zum Prinzip gemacht, nur Verbandsmitglieder zu beschäftigen.

Vor der Revolution wurde bei uns Buchdruckern die Politik innerhalb der Gewerkschaft so ziemlich beiseite gelassen. Heute ist das weit weniger der Fall. Welcher Zwist infolgedessen mitunter in den Versammlungen entsteht, haben die meisten schon selbst erfahren. Ich, der ich den größten Teil meiner langen beruflichen Tätigkeit in der Großstadt ausgeübt habe und ein fleißiger „Bekanntmachungsbeförderer“ war, muß natürlich anerkennen, daß das parlamentarische Geschäft vorhanden ist. Einestheils liegt das an der Erziehung der Mitglieder, andernteils an der Geschäftsführung selbst. Selbstverständlich kommen auch förmliche Versammlungen vor. Aber wenn man sich gegenwärtig den Kopf gewaschen hätte, so war man hernach immer wieder Kolleg.

So ist es nun allerdings in der Provinz nicht. Kommt so ein Provinzler in eine derartige bewegte Versammlung, so kann man gewiß sein, in einer der nächsten Orts- oder Bezirksversammlung werden die schauerlichsten Geschichten vorgetragen. Aber auch in anderer Beziehung mangelt es in der Provinz in den Versammlungen an parlamentarischem Benehmen. Wehe dem, der nicht den Ansichten der Partei gehorcht, die momentan das Wort führt. Meistens führen solche Kollegen das große Wort, die bis zum Krüge nicht 10 km über die Stadtgrenze hinaus gekommen sind. Heute ist der eine oder andere, der bis zur Revolution in gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeit eine große Null darstellte, in eine feste Position gerückt. Heute ist man das geworden, was andre schon längst hätten sein können, und glaubt nun, denen seine Überzeugung aufzuzählen zu können. Es gibt auch hier einsichtige Kollegen, die genau wie ich wissen, daß sich politische wie gewerkschaftliche Ordben in Provinzstädten nicht lange halten können. In der Großstadt kann ein Kollege schon eher seinem Herzen Luft machen, ohne daß er Gefahr läuft, zum Stadtklatsch verurteilt zu sein. Der Tag wird noch kommen, wo es sich erweist, daß die hinausgehenden Kollegen nicht die schlechtesten waren.

Altenburg.

Paul Engert.

Einst und jetzt

Als ich vor 33 Jahren in die Lehre trat, da war es anders als heute. Der Junge, der Schrifsteller lernen wollte, mußte einen bestimmten Bildungsgrad nachweisen, er mußte gute Schulzeugnisse besitzen und zum mindesten die erste Klasse einer Bürger- oder Volksschule erreicht haben. Die jungen Burschen bestellten sich eines anständigen Betrages gegenüber den Gehilfen, sie waren freundlich und jederzeit gefällig. Stets war der Unterschied zwischen Lehrling und Gehilfen erkennbar. Die Gehilfen blieben selbst darauf, daß die Jungen nicht aus der Art schlugen. Aus diesen Jungen wurden dann später anständige Menschen und tüchtige Gehilfen.

Das war die „gute alte Zeit“, mit der niemand zufrieden war. Es mußte daran gerüttelt werden. Man wollte alles besser haben auch betriebs der Zustände in den Betrieben. Und die Zeit kam. Der 9. November 1918 brachte die Erlösung vom Alten, brachte die lang ersehnte „Freiheit“. Nun waren die Menschen ja alle

„frei“. Auch die Lehrlinge und Hilfsarbeiter. Niemand hatte ihnen etwas zu sagen. Mit frechem, breiipurigen Wesen treten die Jungen auf, bei denen es heute sehr viel an der nötigen Schulbildung mangelt. Der Hilfsarbeiter will gebeten sein, wenn er etwas tun soll.

Vor einigen Wochen wurde ich zur Ausbille in einen großen Berliner Zeitungsbetrieb eingestellt. Ich bin weit in der Welt herumgekommen, habe da und dort gearbeitet, was ich aber hier täglich lebe, das las ich noch nie. Während die Gehilfen ihrer Arbeit stillschweigend nachgeben, treten die Raubburschen überlaut und dreist auf. Bei Gesprächen stechen sie ihre Nase mit hinein, erlauben sich Dreistigkeiten. Jungen von 14 bis 16 Jahren sind Herren der Situation! Allere Kollegen, die schon lange bei der Firma tätig sind, klagen mir entrüstet ihr Leid über diese Zustände. Als ich einen Kollegen auf das freche Betragen eines Raubburschen hinwies, sagte mir ersterer: „Wenn Sie dem Jungen eine runterbauen, kommt Ihnen der Betriebsrat auf den Hals.“

Kollegen! Wer hat denn die Schuld, daß die Zustände heute so sind? Nicht die Jungen, ob Lehrling oder Raubbursche, nicht die Hilfsarbeiter haben Schuld daran, sondern ihr allein leid die Schuldigen! Oben ungeliebte Meisterei, Faktoren, Abteilungsvorsteher, Geschäftsleitungen haben ihr geweltet. Von denen wollten ihr euch nicht alles gefallen lassen. Heute duckt ihr euch vor den Jungen und vor den Hilfsarbeitern! Ihr seid weit genug gekommen. Wenn es so weiter geht, dann kommt ihr dahin, daß auch die Jungen auf der Nase herumtanzen und ihr die Hilfsarbeiter bedient.

Ich bin kein Menschenfeind. Auch will ich den Fortschritt, nicht die Reaktion. Aber alles muß seine Grenzen haben. Es ist eure Pflicht, an der Erziehung der Jungen mitzuarbeiten. Wenn ihr euch mit den Hilfsarbeitern auf gleiche Stufe stellen wollt, so erübrigt es sich doch, daß ihr erst vier Jahre den Beruf erlernt, oder fünf Jahre, wie die älteren Kollegen, darunter auch ich, es mußten. Ihr braucht euch nicht mit einer Welle der Aufgebläseltheit über die Hilfsarbeiter zu erheben. Das tut kein kluger und wohlgezogener Mensch. Aber ihr sollt euch die Achtung erhalten, die die Welt eurem Beruf schuldig ist. Kommt ihr das nicht, dann legt den Winkelbalken hin und geht als Hilfsarbeiter. Wer auf sich und seinen Beruf Wert legt und weiter denkt als nur an die Geldforderungen, wird meinen Worten recht geben. Erreichen werde ich mit diesen Zeilen nichts, das weiß ich, weil ihr euch leider zu sehr geben laßt. Aber den Spiegel wollte ich euch vor Augen halten, um euch zu zeigen, wohin ihr im Laufe der Zeit und durch die vermeintliche „Freiheit“ gekommen seid. Solche Zustände führen zur Verwahrlosung, zum Untergang. Nur Zucht und Ordnung — allerdings nicht im militärischen Sinne — bringen uns in die Höhe. Schiller wußte, was er sagte, als er dichtete:

Hell'ge Ordnung, legendische
Himmelstempel, die das Gleiche
Frei sind leicht und freudig bindet,
Sie der Größe Neu geg' undet,
Die herein von den Gehirnen
Nicht den ungelähmten Wänden.
Einmal in der Menschen Hüllen,
Sie gewöhnt zu sanften Sinnen
Und das teuerste der Bande
Woh, den Tries zum Vaterlande.

Möge für unsern Beruf betrefss Zucht und Ordnung die frühere Zeit wiederkehren. Der alte Geist war besser als der neue, er war gesünder. Gebe uns die Zukunft, was uns alle not tut: Mens sana in corpore sano!
Berlin. Franz B-r.

Wie man Neuausgelernte behandelt

In einer heiligen Druckerei, deren Inhaber ein auf christlicher Mann und ein noch besser konservativer Parteigänger ist, wurde ein am 1. Mal seine Lehrtage beendender Drucker auf die Straße gelebt, trotz Vorstelligen des Betriebsratsobmanns und trotz aller Hinweise auf ein solch undristliches und unförmliches Verhalten. Die Geschäftsleitung stützte sich auf den Lehrvertrag, in welchem ein Passus enthalten ist, wonach das beiderseitige Verhältnis gelöst werden kann am Tage des Auslernens, wenn dies acht Tage vorher bekanntgegeben wurde. Alle Einwände und alle Hinweise auf die Verfügung des Reichsarbeitsministers vom Februar 1920 sowie eine Drohung mit dem Schlichtungsausschuß nützte nichts, die Geschäftsleitung von ihrem vermeintlichen Recht und ihrem Herr-im-Hause-Standpunkt abzubringen. Es wurde deshalb Klage beim Schlichtungsausschuß eingereicht. Das Urteil lautete trotz Anstimmens großer Klagehelder usw. des „arbeiterfreundlichen“ Prinzipals auf Bezahlung von vier Wochen und sechs Tage Ferien.

Wünschenswert wäre es gewesen, wenn das Urteil etwas härter ausgefallen wäre, denn was sind schließlich 1000 Mk. Entschädigung für einen Unternehmer an einen jungen Mann, der vier Jahre ausge-„bildet“ wurde? Aberall da, wo solch plötzliche Entlassungen Neuauslernender vorkommen sollten, sollte man sich sofort an die zuständigen Schlichtungsinstanzen wenden, solange diese noch in Tätigkeit sind.

Der Kollegenchaft aber kann nicht dringend genug zugurufen werden: Schlichte euch immer leiser und enger zusammen und seid wenigstens einig als Gewerkschaftler! Denn nur eine enge und geschlossene Kollegenchaft bildet einen festen Damm gegen reaktionäre Strömungen bei unsern Arbeitgebern.

Karlsruhe i. B.

E. M.

Kino, Kabarett und „Wandervogel“!

In Nr. 72 des „Korr.“ schreibt Kollege B. Krebs in seinem Aufsatz „Wissensbrang und erreichbares Ziel“ u. a. folgendes: „Aber aus nichts wird nichts. Kino, Kabarett und Wandervogel (!) sind nieblöcher; leben, lieben und genießen bequemer; Bildungsschimmel blunder.“ Es scheint mir, daß Kollege B. Krebs sich des grundsätzlichen Unterschieds zwischen Kino und Kabarett einerseits und „Wandervogel“ andererseits überhaupt nicht bewußt ist. Sonst könnte er diese drei Dinge nicht auf eine Stufe stellen.

Die Jugend ist es, die zum weitesten größten Teil entweder die Kinos und die Kabarettis füllt oder die „Wandervogel“ betreibt. Daran, wofür der Jugendliche im Alter von 16 bis zu 25 Jahren zu haben ist, ob für Kino, Kabarett oder Wandervogel, kann man zugleich ersehen, welche Gefühle Kino und Kabarett sind Vergnügungsfächten, eigens zu dem Zwecke geschaffen, dem Menschen das Gedächtnis der Taten zu löschen und seine niedrigen Triebe wachzuhalten. Beide Stätten sorgen dafür, daß das Denkvermögen der Menschen nicht allzu sehr in Tätigkeit gelebt wird. Der Jugendliche, der diese Stätten ständig besucht, verliert an innerem Wert und erleidet unermesslichen Schaden an Leib und Seele. Kino und Kabarett, lieben und genießen, gehören notwendigerweise zusammen und finden sich selten getrennt. Weit jene vier Dinge so zusammengehören und in ihren ganzen Art und Weise als Ganzes etwas durchaus Schlechtes sind, darum sind sie meist auch immer die ersten Ursachen einer logenannten Sinberkrankheit oder Geschlechtskrankheit, wie man sie sonst zu nennen pflegt. Und die Krankheiten des Alters, insbesondere die Magens- und Darmkrankheiten, haben meist ihre Wurzel in der Jugend.

Ein ganz anderes Bild zeigt sich uns aber, wenn wir das Wandern oder die Wandervogel, wie Kollege B. Krebs sich ausdrückt, betrachten. Die Wandervogel gehören zum größten Teil der proletarischen Jugendbewegung an. Weil diese ihre Mitglieder nicht allein zum Wandern, sondern auch zu erster Bildungsbildung anhängt, kann man von einer Wandervogel im Sinne des Kollegen Krebs gar nicht sprechen. Ein ganz krasser Gegensatz besteht zwischen den Menschen, die sich in Kinos und Kabarett amüsieren und denen, die man gemeinlich Wandervogel nennt. Die Wandervogel, Burschen und Mädels, sind von einem ganz andern Schlage als wie der „Farr“ und das „Gräulein“ in der Stadt, trotzdem sie Klassenangehörigen sind. Draußen im Wald und Feld stehen sich die Burschen und Mädels als freie Menschen, als Kameraden, Gesinnungsangehörigen gegenüber, während hinter Großstadtmauern die „Farr“ und die „Gräulein“ beladen sind mit bürgerlichen Etiketten und mit bürgerlichen Anschauungen über die Stellung der Frau zum Manne. Dort das freundschaftliche, herzliche „Du“, hier das fremde, kalte „Sie“. Der Verkehr der Geschlechter bei den Wandervogeln spielt sich in aller Reinheit und Schönheit ab. Da werden keine Folen und schmuckigen „Witze aufgetischt“, jeder küßt und „schmeißt“ die fremde Wöbe. Gewiß gibt es auch hier Ausnahmen, aber Ausnahmen betreffen nur die Regel. Auch die Gewerkschaften haben erkannt, wie ungemein wichtig es ist, die Lehrlinge nicht nur für die Bildungsarbeit, sondern auch für die „Wandervogel“ zu interessieren. Die Gewerkschaften wissen ganz genau, wie sehr Kino und Kabarett die Seele eines Jugendlichen vergiften, und wie sehr, rein und gesund das Wandern die Jugend erhält. Mit offenen Augen die mannigfaltigen Schönheiten der Natur in sich aufzunehmen, ist gleichwertig mit dem Lesen eines guten Buches. In der „Wandervogel“ ist ein Suchen nach einer neuen Lebenskultur, nach neuen Lebensinhalten bemerkbar. Eine neue Jugend ist im Werden begriffen, die nach den Idealen der Reinheit, Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit strebt. Kino und Kabarett sind Auswüchse unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung und werden mit dieser verschwinden; die „Wandervogel“ gehört mit zum Lebensrecht ringender Jugend.
Berlin. Ein Zwanzigjähriger.

Kollegialität!?

Das große, unfaßbar tiefe Elend der Arbeitslosigkeit mit seinen sich ständig steigenden Folgeerscheinungen ist auch an uns Buchdruckern nicht spurlos vorübergegangen. Diese Pest wütelte weiter, unablässig hat das Ausmaß an Zeit, in dem es vielleicht (?) enden wird. Man versucht (soweit es die bestehende „herrliche“ Staats- und Gesellschaftsordnung gestattet), diesem Unheil zu steuern. Und man hat innerhalb des Verbandes eine gewisse Veränderung auch darin erblickt, daß die jungen, neuausgelernten Kollegen (die nach vierjähriger Ausbeutung sehr oft glatt an die Luft gelehnten Sünger Gulenbergs) wie früher so auch in letzter Zeit wieder zum Wandern habe greifen, um erstens sich das notwendige Rüstzeug für den harten Daseinskampf zu erwerben und zweitens den Arbeitsmarkt teilweise und zeitweise zu entlasten. Zahlreich waren die Artikel, die im „Korr.“ dieses Thema behandeln. Die Artikel darüber waren nach meiner Ansicht aufrechte Naturen, die sehr gut wußten, was unsrer Jugend not tat. Ihrem berechtigten Rufe sind in letzter Zeit manche (ich darf ruhig sagen viele) gefolgt. Junge, von reinstem Idealismus erfüllte Kollegen haben den Wandernstab ergriffen und sind hinausgewandert in unsere schönen deutschen Lande. Da sie von vornherein wohl wußten, daß in heutiger Zeit mit 5 Mk. täglicher Unterstützung zum Verbands nicht auszukommen ist, so hofften sie darauf, daß sie auch von seinen derzeitigen Kollegen, die in geistlicher Kondition stehen, eine gerechte Würdigung ihrer Handlungswiese durch die Tat erhalten würden. Doch jetzt gibt man ihnen folgendes anzuhören: „Die Kollegen sind sich prinzipiell darüber einig, daß angesichts der hohen

Verbandsbeiträge an Durchreisende keine Unterstützung gewährt werden kann.“ Dieser jüngst erfolgte Ausdruck eines Verkäufersmannes einer Friedrichshafener Buchdruckerei ist zum mindesten kläglich.

Wegen der „hohen“ Beiträge! Es würde zu weit führen, hier von gewerkschaftlicher Unzulassung in dieser Beziehung zu reden. Man müßte dabei allerdings auch verdrängten jungen „Schreibern“ der A-Klasse auf die Finger tippen.) Aber lassen wir das, Betrachten wir die Sache rein menschlich. Und solchermassen betrachtet, muß es als „regelhaft“ und eines gewiderten sein wollenden Buchdruckers unwürdig bezeichnet werden, wenn man ob der notwendigen Erhöhung eines Beitrags keine „Mut“ gegen die armen Durchreisenden Kollegen ausstößt. Man muß da doch zum mindesten annehmen, daß solche Kollegen noch nie Not kennen lernten.

Wer heutzutage reist, weiß, was das heißt. Es ist nicht mehr wie früher. Wenn man eine Rücksichtslosigkeit damit zu deuten sucht, daß man erklärt, eben in heutiger Zeit nicht mehr geben zu können, so ist das nicht ganz kläglich. Ich gebe gern ein klein wenig dem, der eben noch weniger hat als ich. Dabei braucht man durchaus nicht die alten gewohnheitsmäßigen „Speditjäger“ in Schutz zu nehmen. Die sind den Kollegen ja doch genügend bekannt, um unterscheiden zu können. Im übrigen könnte dem gerade für die reisenden Kollegen selbst so unangenehmen Qualitäten dadurch abgehoben werden, daß möglichst alle Ortsvereine sich bemühen, ebensolche Erleichterungen zu schaffen, wie sie von verschiedenen Ortsvereinen schon vorbildlich ins Werk gesetzt worden sind. Respekt vor solchen Kollegen!

Wenn ich diese Angelegenheit jetzt an die „große Glocke“ gehängt habe, so ist das nicht, um die Friedrichshafener „anzukreiden“; nein, ich ist aus dem erblichen Bemühen, für diejenigen Kollegen eine Lasse zu brechen, die Wissensdrang und Idealismus in die Welt treiben. An euch Weggenossen aber richte ich die Mahnung: Zieht euch nicht abbringen vom geliebten Ziele durch solche Vorkommnisse, die zwar bittere Pillen für den Magen eines Wandernden sind, aber überwinden werden können! Vertraut darauf, daß sehr viele „Mitte“ euer Tun mit folger Freude sehen, weil sie früher einmal gleichermassen handelten, dies später nicht bereuen und zu Gewerkschaftlern der Tal (nicht der Ubrale) wurden. Die „andern“ aber, die euch durch ihr unkollegiales Verhalten zu Landstreichern degradieren wollen, bekämpft auf härteste. Jede neue Karlsruhschulung gibt einen immer eindringlicheren Beweis, wie ungeheuer notwendig der enge Zusammenhalt der Kollegen ist. Doch dafür kommen nur die Rückgratsten in Betracht. Die zugewandten und schwankenden, latenten Frischlegener, die drängt zur Entlassung. Entweder — oder! Reinigt die Ränge!

S. St. Konstantin

S. Felder.

„Wanderfreuden“

Zur Förderung der Wanderlust wird viel geschrieben. Begibt man sich aber auf die Wege, so vergeht einem die Lust gleich in der ersten Woche. Am eigenen Leibe haben wir es verspürt, was wir hier niederschreiben. Kommt man abends ermüdet in einer größeren Stadt an in der Hoffnung, sich wieder ausruhen zu können, so erlebt man nicht selten recht bittere Enttäuschungen. Weht man z. B. nach der Wirklichkeit, die im Fremdenverkehrsverzeichnis angegeben ist, so lautet fast immer die Antwort: Hier ist es nicht mehr; ich glaube, es ist da oder dort. Kommt man dann in das angegebene Lokal, so vollzieht sich daselbst. So kann man schließlich rennen von Pontius zu Pilatus; es gehen oft zwei bis drei Stunden verloren, bis man sich schließlich selbst ein Lokal sucht, wo man sein müdes Haupt hinlegt. Es ist besser, man drückt einem reisenden Kollegen lieber kein Fremdenverzeichnis in die Hand, wenn es unzuverlässig zusammengestellt ist. In einer Stadt sagte uns der Wirt, daß der Fremdenverkehr schon vor sechs Jahren verlegt worden sei. In vielen Orten ist auch das Umhauhen in den Druckereien verboten. In manchen Druckereien wird man sogar von den Kollegen noch verpöbel und verhöhnt. Das ist es, was schwer kränkt. Es wäre doch sehr angebracht, daß die Kollegen etwas mehr Kollegialität üben. Meistens sind es allerdings Kollegen, die niemals auf Lipperei waren und nur „derbeime“ die große Lippe riskieren.

Eine baldige Änderung der kritisierten Zustände wäre im Interesse aller reisenden Kollegen sehr angebracht. Sans Gratopp, Will Wegmann, Oswald Welgel, S. St. auf Wanderchaft.

Sein oder Nichtsein!

Mach uns stark an Selbsthänden,
Daß wir sie zum Rechten wenden,
Einzugreifen in die Reib'n.
Niel Gezeiten sind geteilt,
Keiner wird gering geküßelt,
Und wer kann, soll Meister sein.
Rüchert.

Vor vor etwa 25—30 Jahren die Arbeitsräume einer Buchdruckerei besuchte, hatte gewiß den Eindruck, daß der dort amtierende Faktor eine durchaus souveräne Person war, der auch dem Chef gegenüber seine Würde bewahrte und auch von jeder Seite geschätzt wurde. Betrachtet man dagegen die Tätigkeit des heutigen Faktors, so erkennt man ihn an seinem halben Treiben, aber sonst ist er auch nur ein Glied in der Kette — vielleicht das erste Glied. Und wer kann, soll Meister sein! Es gibt gar manchen, der als Meister in seinem Beruf anzupreisen ist und doch nicht

Meister ist. Die moderne Entwicklung im Gewerbe hat doch eigenwillige Blüten gezeitigt. Daran ist nichts zu ändern. Wir haben uns als moderne Menschen der Zeit anzupassen, d. h. technisch und kaufmännisch, auch — nicht zuletzt — gewerkschaftlich.

Nach der Gründung der Ortsgruppe Berlin der Freien Faktorenvereingung sagte mir bei einer Unterredung ein Prinzipal: „Ich kann es verstehen, daß die Faktorendienst die Einbeziehung in die Tarifgemeinschaft anstrebt, denn schließlich wird der Tarif, der Anstellungsvertrag usw. viel eher Allgemeingut, als wie unter der ja zum Teil, aber zu wenig Bekräftigung bestehenden Vertragsgemeinschaft, nicht zum Schaden der sozial und anständig handelnden und denkenden Prinzipale.“ Daran möchte ich anknüpfen.

Es wird seitens des Faktorenbundes in einer der letzten Nummern der „Graphischen Welt“ auch die Freie Faktorengemeinschaft sowie deren Gründung und Wirken kritisiert. Auf die Einzelheiten möchte ich nicht eingehen. Lassen wir die realen Tatsachen sprechen.

Seit der Gründung des Deutschen Faktorenbundes sind volle 25 Jahre verlossen. Gerade in diese Zeit fällt die technische Umwälzung im Buchdruckgewerbe. Wir erleben den Aufschwung der Sechsmaschine, den Ausbau der Schnellpresse (Anlageapparate und Schnellläufer) und Rotationsmaschinen sowie den Siegeszug des Offset- und Klebdrucks, auch die Technik des Drei- und Vierfarbendrucks, dann die Modernisierung des Abzweigmateriale sowie künstlerische Gestaltung auch in der Zeitungsanzeige. Also das war Fortschritt in der Technik.

Gewerkschaftlich leben wir den Ausbau der Spartenbewegung. Es hat viele gegeben, die in dieser Bewegung den Untergang des Gehilfenverbandes prophezeien — sie haben sich geteilt. Weiter leben wir auf selten unter Prinzipale den gefestigten Zusammenhalt im Deutschen Buchdruckerverein. Im Deutschen Faktorenbunde blieb alles beim alten. Kein Zugeständnis an die neue Zeit und Einbiegen in die gewerkschaftliche Kurve — nur Ausbau der Kasien. Also — Landesverein und Unterstiftungsverein!

Wer wollte bestreiten, daß die Stellung des Faktors in der heutigen Zeit eine ungemein schwierige geworden ist! Siehe Betriebsrätegesetz, Abfindungsgesetz, Demobilisierungsgesetz usw. Wir müssen immer wieder lernen, uns anzupassen, um nicht belächelt gedrückt zu werden. Aber was haben wir daraus zu lernen?

Es tritt nun an uns Faktoren die Zeit als Mahner heran und fragt: „Seid ihr Faktoren gewerkschaftlich organisiert — oder gänzlich euch der alte Standesverein, der Deutsche Faktorenbund?“

Vom modernen gewerkschaftlichen Standpunkt ist diese Frage zu verneinen, da der Faktorenbund eine isolierte und in der Luft hängende Vereinigung ist, die es jedem recht machen will und keinen recht machen kann und nur von einer kleinen Gruppe (2600 Mitglieder) gestützt wird. Das Gros der Faktoren entstammt der Gehilfenschaft und bringt aus dem Gehilfenverband ideale und materielle, langjährig erworbene Rechte mit. Der Aufstieg in den Faktorenbund führt nämlich dieser Kollegen so in die Irre, daß er flugs aus dem Verband austrat und sich erhaben dünkte. Meistens folgte die Reue nach. Jedoch die Mehrheit hat sich kühllos Denken bewahrt und sagt sich ganz richtig: „Wer heute Faktor ist, kann morgen wieder Gehilfe sein“, und bleibt Mitglied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Durch den starken Verbrauch von Faktoren und lebhaften Stellenwechsel haben sich die Verhältnisse ebenfalls sehr verschlechtert, so daß, wie eingangs meines Artikels erwähnt, von der ehemals patriarchalischen Verhältnisse der Faktoren zum Gehilfen nimmermehr die Rede sein kann und der Faktor auf den Standpunkt des Arbeitnehmers frank und frei gestellt wird. Also, mit dem alten Vertrauensverhältnis, liebe „Graphische Welt“, ist es vorbei, die moderne Entwicklung geht darüber hin. Um einer kleinen Oberschicht von Faktoren zu aufständiger Entlohnung zu verhelfen, bedürfte es nicht der Vertragsgemeinschaft; anständig denkende und zahlende Prinzipale gab es auch ohne Vertragsgemeinschaft.

Sein oder Nichtsein! Im heutigen Produktionsprozess ist auch der Faktor ein Arbeitnehmer und gehört zur Arbeitnehmerschaft und in die von der Allgemeinheit gestützte Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker — und als Gewerkschaftler in die Freie Faktorengemeinschaft. Aber die Freie Faktorengemeinschaft hat sich nicht nur diese Ziele gesetzt, sie wird auch dafür sorgen, daß die Mitglieder, unterstützt durch den obligatorischen Beitritt zu den Ortsgruppen des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker und durch Sonderkurse, aus ständigen, auf allen Gebieten verlässlichen Spezialkräften sich zusammenfassen und so jeder einzelne Kollege seinen Mann im Tageskampf stellen wird. „Und wer kann, soll Meister sein.“ Berlin. W. Wachner.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Der Ausschuss des Tarifvertragswesens. Seit den Novembertagen des Jahres 1918 hat das Tarifvertragswesen einen ungeheuren Aufschwung genommen. Bis Ende 1919 sind rund 8 Millionen erwerbsfähige Personen, gegen nur etwa 1,7 Millionen vor dem Kriege, durch Tarifverträge erfasst worden, und bis Ende 1920 gelangten 116 Reichsstärkte zum Abschluss gegenüber einer verhältnismäßig geringen Anzahl, die vor der staatlichen Umwälzung bestanden. Diese Zahlen bilden den besten Beweis dafür, daß sich der Tarifgedanke allem verneintem oder wirklichen Radikalismus zum Trotz starke Sympathien unter den Arbeitern und Angestellten erworben hat. Richard Seibel hat durchaus recht, wenn er in seiner lobenden erschienenen Schrift „Der kollektive Arbeitsvertrag in Deutschland“ betont, daß die Arbeiterklasse gerade in

einer Periode revolutionärer Erschütterungen und wirtschaftlicher Unsicherheit einer Sicherung der Arbeitsbedingungen und der Kampfpausen im Lohnkämpfe mehr denn je bedarf. Eine Ansicht, die das Zentralorgan der IGFB, bei der Besprechung der Selbstdienstlichen Schrift noch verstärken zu müssen glaube, indem es über die Sicherung der Arbeitsbedingungen durch den Tarifvertrag an der Spitze des gewerkschaftlichen Teiles seiner Nummer vom 12. Juli folgendes schrieb: „Der Tarifgedanke, der sich als Folgeerscheinung einer bestimmten Entwicklung auf sozialen und wirtschaftlichem Gebiete durchlehrt, ist heute in der Gewerkschaftskreisen allgemein anerkannt, und seine Gegner, deren es einstweilen recht viele gab, haben sich fast vollständig. Der Tarifvertrag, der belächelt nicht die Arbeiterschaft „erlösen“ kann, bedeutet nur die Durchsetzung eines Prinzips, das soziale und moralische Motive in sich birgt. An Stelle der individualistischen Einschätzung des Arbeitenden seitens des Unternehmers trat die kollektivistische Abmachung zwischen der Organisation der Arbeiter und Angestellten und der betreffenden Industriebranche. Das kollektivistische Abkommen bringt den wirtschaftlich Schwachen eine gewisse Sicherung der Arbeitsbedingungen, ein Moment, das wesentlich beitrug, wendend für den Gedanken des Tarifvertrags zu wirken.“ Die Darlegungen der „Freiheit“ über den Tarifvertrag unterstreichen wir aus ehrlicher Überzeugung Wort für Wort. Um die Durchsetzung des tariflichen Prinzips aus sozialen und moralischen Beweggründen hat es sich auch für die Buchdrucker stets gebahnt. Als erste Arbeitergruppe errangen sie bereits im Jahre 1873 in operellem Kampf eine gewerkschaftliche Vertragsgemeinschaft und wirkten damit vorbildlich für die gesamte übrige Arbeiterschaft, die teilweise erst Jahrzehnte später den gleichen Weg betreten konnte, weil erfahrungsgemäß nur starke Organisationen kollektive Arbeitsverträge abzuschließen und aufrechtzuerhalten imstande sind.

Nachahmenswerte Beispiele. Die Inhaber des „Schweinfurter Tagblattes“ (Moralische Buchdruckerei) ließen schon eine Woche früher den erböhten Lokalzuschlag aussetzen; des weiteren stellte der Mitinhaber E. Stoer obiger Firma anlässlich seiner goldenen Hochzeit dem Personal eine größere Summe zur Verfügung, wobei die Gehilfen 50 Mk. und Lehrlinge 25 Mk. erhielten.

Tarifarbeitsstellenvermittlung. Ein Sever, 25 Jahre alt (nicht schwerkräftig), linkes Auge verloren, sucht Arbeitsgelegenheit in einer Redaktion, Expedition oder als Korrektor. Für eine Buchdruckerei in Rauen wird ein kreisbeschränkter Buchdrucker als Korrektor und Berichterfasser gesucht. Derselbe muß Stenograph sein, um auch telephonische Nachrichten aufnehmen zu können. Wegen der herrschenden Wohnungsnot kommt nur ein lediger Bewerber in Betracht. Bewerbungen sind beim Tarifarmit der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 299, einzureichen.

Die Papiererhebungen. In das Dunkel der bereits mehrfach erörterten großen Druckpapiererhebungen, durch die die deutsche Wirtschaft um Hunderte von Millionen geschädigt worden ist, ist es jetzt nach unerwarteter Arbeit der leidtragenden Interessentenkreise endlich gelungen, etwas Licht zu bringen. Den größtmöglichen Zeilungsverlegern, die sich der Sache besonders annahmen, wurde erst heute Auskunft von den Behörden erteilt, weil eine Verurteilung der an den Papiererhebungen beteiligten Firmen bisher noch nicht erfolgt ist, das Verfahren sich vielmehr nach Auskunft der Außenhandelsstelle für das Papierfach noch im Stadium der Voruntersuchung befindet. Darauf wurde eine genauere Erklärung veröffentlicht, auf die der Reichsbevollmächtigte der Außenhandelsstelle für das Papierfach, Geheimrat Pluninger, sehr schnell geantwortet hat. Er teilte mit, daß die Hauptbeschuldigten sowohl im Verwaltungswege als auch im Gerichtswege bereits voll zur Verantwortung gezogen worden seien, indem gegen sie die Ausfuhrperre, Fall usw. verhängt wurde. Auch alle als Nebenletzen in Frage kommenden Fabrikanten und Händler seien in das Verfahren einbezogen worden. Danach darf man wohl die Hoffnung hegen, daß nach sechsmonatiger Dauer der Untersuchung die Schieber endlich ihre gerechte Strafe erhalten. Weshalb aber die Mittrauen erweckende Seltsamkeit und die Ablehnung der Mitarbeit von Sachverständigen, die als Eingeweihte dazu beitragen konnten, das Verfahren schneller zu beenden?

Die Zeitungspretsliste in neuer Aufmachung. Die Zeitungspretsliste soll vervollkommen und der Postreklame nutzbar gemacht werden, was umfangreiche Änderungen im Gefolge hat. Vor allem wird eine Aufnahmegebühr von den einzelnen Zeitungen erhoben. Das ganze Verzeichnis wird aus drei Abteilungen und einem Anzeigen teil bestehen. Zunächst werden die Zeitungen alphabetisch aufgeführt mit Angaben über die Bedingungen für Anzeigen, die politische Richtung sowie empfehlende Vermerke nach Wunsch. Bisher nach Sprachen geordnet, wird künftig die Einteilung nach Ländern erfolgen. Die zweite Abteilung soll nochmals die Titel und Verlagsorte der in Deutschland erscheinenden Zeitungen und die dritte Abteilung nur die Fachschriften enthalten.

Griff Schrader †. Der Vorhänger des Zentralverbandes der Zimmerer, der in Hamburg seinen Sitz hat, ist im 64. Lebensjahre einem schweren Leiden erlegen. Seit dem Jahre 1890 stand der Verlorbene an der Spitze seiner Berufsorganisation, der er, ohne viel von sich reden zu machen, mit ganzer Hingabe diente. Mit ihm schied ein Gewerkschaftsführer aus dem Leben, der neben dem im Vorjahre verstorbenen August Bringmann, dem Schriftleiter des Verbandsorgans der Zimmerer, zu allen Zeiten — auch in den schweren Tagen der Verfolgung der deut-

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuzahlen.

Beilage zu Nr. 83 — Leipzig, den 21. Juli 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Weiteres zur Situation

Die mit raschem Entschlusse vom Reichsarbeitsministerium angeordneten Einigungsverhandlungen haben am 18. Juli im Leipziger Buchgewerbehaus unter dem Vorsitz eines Regierungsrats in kleinem Rahmen stattgefunden. Es wird nun der 21. Juli in Berlin zum allgemeinen Gauvorsteherkongress der Ertrakt dieser Besprechung zur Stellungnahme unterbreitet werden. Die Prinzipalität nimmt mit ihren Funktionären ebenfalls in geeigneter Weise teil. Größtenteils in der am 20. Juli erscheinenden Nummer des „Korr.“ wird dann die Gesamthilfeschaff erfahren, wie die in der Zwischenzeit zwischen Nürnberg und Leipzig eine Generalversammlung erlebende Gauvorsteherkongress die Überwindung der durch Schuld der Prinzipalität eingetretenen ersten Schwierigkeiten vorzunehmen gedenkt. Der „Korr.“ wird es an der nötigen Aufklärung über die nun beginnenden Beratungen nicht fehlen lassen; allerdings muß berücksichtigt werden, daß eine gewisse Grenze für die öffentliche Behandlung schwerwiegender tatsächlicher Fragen gezogen ist an dem Punkte, wo es zur Gefährdung der eigenen Interessen kommen kann.

Über die weitere Stellungnahme der Gebillensverhandlungen zum Schiedspruch ist zu sagen, daß zur direkten Ablehnung lerner gekommen sind: Weihen, Begler, Vogelach, Meiningen, Opladen, Freiburg i. Br., Brandenburg a. d. H., Frankfurt a. d. O., Duffeldorf, Salzwedel, Baureuth, Plozheim, Saaleid, Forst i. L.; zu verhältnismäßiger Annahme: Gotha, Müntler i. W., Oldenburg, Borch (Mülee), Marburg, Siffl, Karlsruhe, Solingen. Das härtere Anwachen der verwerfenden Stellungnahmen läßt sich genau mit dem Bekanntwerden der Ablehnung des Schiedspruchs durch die Prinzipalität feststellen. Das hat aufpeitschend gewirkt und die Situation ungemein verschärft. Die ablehnenden Kreise der Prinzipalität scheinen diese Wirkung gar nicht in Betracht gezogen zu haben. Im ganzen haben bei uns bis jetzt 39 Mitgliedschaften sich in direkt ablehnendem Sinne entschieden, verhältnismäßige Annahmen liegen 32 vor. Wir machen nunmehr mit der besonderen Aufklärung der Stellungnahmen Schluss, da mit der Gauvorsteherkongress ein neuer Abschnitt beginnt. Einzelartikel über den Schiedspruch und die Summverhandlungen erübrigen sich nunmehr überhaupt. Stellungnehmende Verammlungen wie auch Einzelartikel sind weniger als früher zu verzeichnen gemeldet.

Von der Situation bei den Schriftgebern, die bei ihren letzten Verhandlungen in dem materiellen Hinsicht über das neue Ergebnis des Buchdruckers gleichkam, aber nicht mit Ausschaltungen jüngerer Altersklassen zu rechnen haben, ist auch noch nichts Abzulesendes zu sagen. Bis zum 16. Juli sollten beide Seiten dem Reichsamt der Schriftgießer ihre Entscheidung mitgeteilt haben. Erfahrungen konnten wir darüber in der Kürze der Zeit noch nicht. Es liegen auch erst drei Verammlungsberichte vor. In Leipzig haben die Schriftgießerkollegen die neuen Vereinbarungen als ungenügend in Anbetracht des Preisstandes bezeichnet, sind jedoch zur Annahme des Abkommens gelangt. Stuttgart und Frankfurt a. M. erklärten sich nur im Hinblick auf die im Herbst folgende stattfindende Tarifrevision mit dem jetzigen mageren Ergebnis einverstanden. Die Sieberkollegen werden im allgemeinen diesen Standpunkt einnehmen, zumal im Herbst sich erst herausstellen wird, wie sich die große Belastung des deutschen Volkes gestaltet.

Örtliche Forderungen und örtliche Aktionen müssen unbedingt unterbleiben! Mit den letzteren stellt sich jede dazu übergebende Mitgliedschaft außerhalb der Generalverammlungsbeschlüsse. Das könnte nach der die betreffende Generalverammlungsresolution noch stärker unterzeichnenden Erklärung der Gauvorsteherkongress im März d. J. in künftigen Fällen doch andre Folgen haben als bisher. Finanziell wird ja nach der Nr. 55 aus Opladen geschilderten Weise, wie von einzelnen gegebene Geldmittel an den Mann gebracht werden können, auch übertriebene Solidarität Abkühlung finden. Aus örtlichen Kreisen dürfen heimlich unzulässige Aktionen aber ebenfalls unterläßt werden als aus der Verbandskasse. In einer zentralen Organisation kann es nach richtigen gewerkschaftlichen Grundrissen nicht danach gehen, was aus lokalem Interesse erforderlich sein soll, vielmehr haben nur die Notwendigkeiten für die Gesamtheit Geltung. Wenn es in einem Orte — diesmal stellen nur einige Mitgliedschaften die eigenen über die allgemeinen Interessen — gar nicht anders gehen will, dann muß zur Verhinderung einer Verammlungsdeklaration eine Urabstimmung in der Mitgliedschaft vorgenommen werden. In ganz großen Mit-

gliedschaften sollte das auch bei andern folgenschweren Entscheidungen gelteben, da die vorhandene große Mitgliederzahl nur zum kleinen Teil in einer Verammlung unterzubringen ist. Wenn in Berlin im Juni und in Leipzig im Juli sogar von Oppositionseite die Vornahme der Urabstimmung beantragt wurde, dann hat man in diesen schwierigen Tagen und Wochen wenigstens den Trost, daß das Gemeinheitsgefühl sich gegen Zwang und Terrorismus wendet. So zweifellos die Schuld der Prinzipale an der jetzigen Situation ist, ebenso zweifellos ist aber auch, daß der größere Teil von ihnen weder diese Zuspühung noch Provokationen, wie namentlich in der „Zeitschrift“ gelcheben, billigt. Man kann sogar behaupten, daß durch die generaldirektorischen Kriegslänge in manchen Prinzipalstreifen die Erkenntnis zu größerem Entgegenkommen gewachsen ist. Darauf nun eine örtliche Aktion zu setzen, das könnte auch nicht mit Unkenntnis der Dinge entschuldig werden. Dann kann es allerdings dahin kommen, daß der Ausperrungsstand in der „Zeitschrift“ sich nicht vorerblich abgemüht hat, in die Kriegsstrategie des von 1914 bis 1918 gar nicht kriegsbestimmten Generaldirektors kommandogemäht einzudringen. Wir haben Kenntnis davon, daß Prinzipalstreife, die keinen Konflikt mit der Gebillenschaff wollen und in diesem Sinne auch auf ihrer Seite nach größerem Einflusse streben, sofort mit allen Mitteln eine örtliche Aktion der Gebillens beantworten würden. Es wäre wirklich töricht, oernünftige Prinzipalstreife mit Gewalt in die scharfmacherische Richtung zu treiben. Was wir aber schon von örtlichen Forderungen vernommen haben, läßt uns die betreffenden Gebillenskreise beschwören, endlich davon abzuleben, wie es doch auch bei der überwiegenden Gebillenzahl ohne solche Forderungen geht. Es ergaben sich nämlich jetzt wieder Abstände, daß man sich entschlößen muß, die Kollegen selbst würden es zu solchen Lohnunterschieden bei derartigen Vorgehen treiben, daß die am härtesten kritisierten Entschlüsse des Tarifausschusses und des Schlichtungsausschusses dagegen vollständig verblissen müßten. Ganz ungläubliche Erzählungen sind uns schon bekannt geworden. Also fort mit den örtlichen Aktionen und mit örtlichen Forderungen!

Das Maß der in der „Zeitschrift“ hat sein Ende noch nicht erreicht. In der Nummer vom 19. Juli wird in wenigen Zeilen an der Spitze unser Artikel „Ablehnung des Schiedspruchs durch die Prinzipalreaktion“ arg mitgenommen. Auf Reaktion wird in schwer verübendem Sinne die Betonung gelegt und unser Artikel stark durchleht mit unbegründeten Angriffen auf Persönlichkeiten genannt. Um das Maß des Unglücks voll zu machen, darf ein Hamburger Unternehmerhülis nun die wirtschaftliche Bedeutung der Ausperrung behandeln. Die Belehrung über die juristische Seite der Ausperrung durch Synbildnis Größliche ist von vielen Prinzipalen sehr unangenehm aufgenommen worden und wurde zum Teil als direkte Provokation der Gebillenschaff bewertet; diese zweite Vorlezung hat ja vielleicht nicht mehr verbunden werden können, doch wird das ungeschickte Dirigieren der „Zeitschrift“ nun die Kritik schärfer werden lassen. Wenn der Ton des „Korr.“ in der „Zeitschrift“ herhalten muß, dann läßt man sich drüben nie ohne Schuld. Wir werden eventuell noch andre Töne anschlagen müssen, wenn die „Zeitschrift“ sich nicht bald einwoacht zeigt und die provokierenden Ausperrungsstellen unterbleiben.

Scharfmacherei von Draußenstehenden hat sich weiter gezeit. Die Tagespresse hat sich dafür ja immer beigegeben. Wenn man aber in der „Schüringer Allgemeinen Zeitung“ den Generalsekretär H. M. Suft (Erfurt) untern letzten Schiedspruch vernüßeln und — sehr unzutreffend — als unloslich verurteilt stellt, dann kommt einem der Gedanke, daß es doch viel schlechtere Schiedsprüche geben muß.

Damit können wir auch die Situationsbilder abschließen und werden in nächster Nummer die den Prinzipalen verheißene Beipiegelung in ihren Widersprüchen bringen.

Stellungnahme der Mitgliedschaften zu den Summverhandlungen

Baureuth. Unsere gutbelohnte Verammlung am 13. Juli nahm zur Tarifausschubstung Stellung. Kollege Steinmeh (Nürnberg) hielt einen Vortrag über die allgemeine Lage und im Buchdruckgewerbe im besondern. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde von allen Rednern der Schiedspruch als den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen unzeitgemäß abgelehnt. Als eigenartig müßig feststell-

werden, daß die Einrnung des Schiedsgerichts von Seiten der Arbeitgeber erfolgte, und daß diese den gestellten Schiedspruch ablehnten. In ihrer widerwilligen Ablehnungsbegründung suchten sie nachzuweisen, daß seit Februar die Lebensverhältnisse nicht nur gleich geblieben sind, sondern sogar billiger geworden seien. In Baureuth haben alle Parteien eine Resolution an die Reichsregierung gestandt mit dem Ersuchen um Einziehung in eine höhere Tarifklasse, darunter befand sich auch ein Buchdruckermeister, welcher aber gegen einen höheren Lohnzuschlag für Baureuth beim Reichsamt protestierte. Theorie und Praxis! Die Mitgliedschaft beauftragt den Verbandsvorstand, die nötigen Schritte zu unternehmen und verpflichtet sich, wenn er die Parole zum Kampfe gibt, wie ein Mann hinter ihm zu stehen.

Brandenburg a. d. H. Unsere Verammlung am 16. Juli erklärte nach eingehender Aussprache über die letzte Tarifverhandlung einstimmig folgendes: „Der vom Reichsarbeitsministerium gestellte und von Arbeitgeberseite abgelehnte Schiedspruch ist für die Brandenburgische Gebillenschaff unannehmbar. Er läßt einen Teil unserer Kollegen wiederum leer ausgehen und wird weder der augenblicklichen Forderung gerecht, noch entspricht er den für die Monate August-September zu erwartenden wirtschaftlichen Verhältnissen. Im Interesse der Organisation lebten wir örtliche Einzelaktionen ab. Wir haben zum Verbandsvorstand und zur Gauvorsteherkongress das Vertrauen, daß beide Körperlichkeiten diejenigen Maßnahmen ergreifen werden, die geeignet sind, unsere berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen; entweder auf friedlichem Wege oder — wenn es sein muß — durch Kampf.“

Duffeldorf. In der Verammlung am 16. Juli nahm die hiesige Mitgliedschaft Stellung zur Situation, wie sie durch die Ablehnung des Schiedspruchs durch das Arbeiterministerium gegeben war. Die Verammlung verurteilte einstimmig dessen Verhalten und nahm gegen drei Stimmen folgende Entschlüsse an: „Die am 16. Juli tagende Verammlung der Duffeldorfer Buchdrucker lehnt den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums ab, da derselbe nur geeignet ist, die Geschlossenheit der Organisation zu lockern. Sie beauftragt den Verbandsvorstand resp. die Gebillensvertretung, sofort neue Verhandlungen anzubahnen, um eine allgemeine Lohnzulage durchzudrücken.“

Frankfurt a. d. O. In der Verammlung am 16. Juli hielt der Verwalter des hiesigen Arbeitsamts Herr Brandes einen sehr brechenden Vortrag über das Wesen der Schlichtungsausschüsse und über das Betriebsrätegesetz. Eine etwas erregte Debatte entspann sich bei der Besprechung des Ergebnisses der letzten Tarifausschubstung und es wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 16. Juli im Gewerkschaftshaus tagende örtliche Verammlung lehnt den Schiedspruch nach ergiebiger Aussprache ab. Die Mitgliedschaft Frankfurts a. d. O. stellt fest, daß das von der Arbeitgeberseite immer betont „soziale Verständnis“ schon lange verschwunden ist. Die Mitgliedschaft Frankfurts a. d. O. fordert von ihrem Gebillensvertreter und vom Verbandsvorstande, daß sie alles einlegen mögen, um ein besseres Resultat herauszubekommen.“

Freiburg i. Br. Die Ortsvereinsverammlung am 7. Juli nahm u. a. Stellung zu dem Ergebnisse der letzten Tarifausschubstung bzw. zu dem Schiedspruch. Der letztere wurde einstimmig abgelehnt. Unerkannt wurde, daß die Gebillensvertreter ihre Pflicht getan haben, und es wurde verlangt, daß bei der Zeit wieder einsetzenden Forderung die von den Gebillensvertretern aufgestellte Forderung einer Erhöhung der Feueranzulage um 25 Mk. für alle Gebillens mit allen Mitteln zu erreichen versucht werden muß.“

Gotha. Unsere Mitgliederversammlung am 16. Juli nahm Stellung zur Tarifausschubstung und zum Schiedspruch. Dieser wurde als völlig ungenügend bezeichnet und die Zurückziehung der Ledigen wie überhaupt der gesamten Klasse A stark verurteilt. Wir fordern gleiche Lohnverbesserungen für alle Gebillens. Die sechste und teilweise recht scharfe Aussprache führte zur einstimmigen Annahme nachfolgender Entschlüsse: „Die Mitgliedschaft Gotha ist mit dem Schiedspruch absolut nicht einverstanden. Bei zentralen Verhandlungen muß mindestens das Existenzminimum gesichert sein.“

Karlsruhe. Eine starklebende außerordentliche Mitgliederversammlung kam nach reichlicher Aussprache über die letzte vom Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums ausgesprochenen Wirtschaftsbills zu dem Ergebnis, daß die Höhe derselben in keinem Verhältnisse zu der noch immer bestehenden und in den letzten Tagen wieder ansteigenden allgemeinen Forderung steht, und verlangt, daß in Zukunft die überaus mißlichen Verhältnisse Süddeutschlands besser berücksichtigt werden. Daß eine unterdrückte Behandlung in der Lohnfrage der Verbeiraten und Ledigen stattfinden muß, wurde anerkannt, daß sie aber so weit geht wie der letzte Schiedspruch, ja zumungunsten unserer Kollegen erweitert wird, muß vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus abgelehnt werden; es scheint dies ein Versuch zu sein, in unsere Reihen Uneinigkeit zu tragen. Die Verammlung verlangte, daß die ursprünglichen Forderungen der Gebillensvertreter auf-

recht erhalten werden und ersucht den Zentralvorstand, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen und diesen Nachdruck zu verschaffen. Die Karlsrüber Mitgliedschaft steht geschlossen hinter ihm.

Opfaden. Unsere am 10. Juli abgehaltene Versammlung hatte einen guten Verlauf aufzuweisen. Nach Besprechung verschiedener Angelegenheiten unterbreitete der Vorsitzende der Verlammlung den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums. In der Diskussion wurde der Schiedspruch von allen Rednern verworfen und schließlich eine einstimmig gefasste Resolution angenommen, in der der Schiedspruch aus unterschiedlichen als vollständig ungenügend abgelehnt und von den Gehilfenvertretern verlangt wurde, dafür zu sorgen, daß sofort neue Verhandlungen stattfinden, um entsprechende Mehrforderungen durchzuführen.

Salzwedel (Altmark). Die Versammlung am 16. Juli hatte einen äußerst starken Verlauf aufzuweisen. Gall es doch, Stellung zu nehmen zu der propagierenden Haltung der Prinzipalität, die diese durch die Ablehnung des die Gehilfen in keiner Weise befriedigenden Schiedspruchs eingemommen hat. Die Debatte war eine äußerst lebhaft, aber trotz der Erregung sehr sachliche, was dadurch bewiesen wurde, daß nachstehend eingebrachte Resolution verchiedentlich als zu laut bezeichnet, aber doch einstimmig angenommen wurde: „Die am 16. Juli tagende, sehr gut besuchte Verlammlung des Ortsvereins Salzwedel nimmt mit fleißiger Entzifferung Kenntnis von der Ablehnung des Schiedspruchs seitens der Prinzipalität. Angesichts der fortwährend steigenden Verteuerung der Lebenshaltung wird der Schiedspruch den berechtigten Ansprüchen der Gehilfen in keiner Weise gerecht. Wir erwarten daher von der Gewerkschaftskonferenz sowie von unsern Vertretern im Tarifausschusse, daß sie bei etwaigen neuen Verhandlungen nicht den Schiedspruch als Grundlage nehmen, sondern die Forderungen der Gehilfenschaft bedeutend erhöhen. Wir sind bereit, mit allen Mitteln für die Durchführung dieser erhöhten Forderungen einzutreten.“

Sch. Solingen. In der Versammlung am 16. Juli referierte Kollege Nombauer eingehend über den Gang der Tarifausschubverhandlungen. In ruhiger und sachlicher Weise entrollte uns Redner ein klares Bild über diese Verhandlungen und die gegenwärtige Situation. Die Gründung des graphischen Industrieverbandes sei in Erwägung zu ziehen. Der Verbandsvorstand müsse auf diese Frage sein besonderes Augenmerk richten. In der Diskussion fielen über das Gebahren der Prinzipalität im Tarifausschusse scharfe Worte. Besonders verbal man sich die Schokoladen- und Zigarettenreden eines Prinzipalvertreters. Wenn die Prinzipalität für eine Einschränkung der weiblichen Bedürfnisse eintrete, dann solle sie das einmal zuerst in ihren Reihen tun. Sogar einem örtlichen Vorgehen der Ortsvereine Solingen, Wald und Ohligs wurde das Wort geredet. Die Stimmung der Verlammlung fand dann in nachstehender, einstimmig angenommener Entschließung ihren Ausdruck: „Die Mitgliedschaft Solingen ist auf Grund des ergebnislosen Resultats der letzten Tarifausschubverhandlung wie überhaupt auf Grund der Lohnbewegungen innerhalb des graphischen Gewerbes in letzter Zeit, die bei der in Frage kommenden Arbeiterschaft keine Befriedigung ausgelöst haben, der Auffassung, daß nur durch ein einheitlich geschlossenes Vorgehen der im graphischen Gewerbe tätigen Arbeiter der Starrsinn der Unternehmer gebrochen werden kann, aber auch die Erbringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen eher möglich ist. Aus diesem Grunde sind die graphischen Zentralverbände, insonderheit aber unser Verbandsvorstand, aufzufordern, unter allen Umständen ein geschlossenes Vorgehen bei geeigneter Gelegenheit zu ermöglichen. Bei dieser Gelegenheit möchte die Mitgliedschaft Solingen aber auch zum Ausdruck bringen, daß die Notwendigkeit der Gründung eines graphischen Industrieverbandes immer dringlicher in die Erscheinung tritt. Die Not der Zeit zwingt die Arbeiterschaft zu immer engerem Zusammenstehen, und nur unter dieser Voraussetzung ist die Gesamtarbeiterkraft in der Lage, dem Anstrome der Unternehmer zu trotzen. In der Sache des Schiedspruchs und der Haltung der Prinzipalität dazu ist die Mitgliedschaft Solingen ebenfalls der Auffassung, daß die Gehilfenschaft ruhig eine abwartende Stellung einnehmen soll, zumal die Prinzipalität durch ihre Konfuzität den Beweis geliefert hat, daß vom Erhabenen zum Lächerlichen nur ein Schritt ist.“

Einzelftimmen zu dem Berliner Verhandlungsergebnis Tarifliche Disziplin

Bei örtlichen Verhandlungen wird uns von den Prinzipalen immer erklärt, sie könnten unter keinen Umständen sich dazu bereit erklären, der Tarif sei ihnen maßgebend. (Sprecher: „tarifliche Disziplin“) verleihe es ihnen, auf Sonderverhandlungen sich einzulassen. Alle diese Redewendungen, auch die große Notlage im Buchdruckergewerbe, müssen herhalten, nur um dem Buchdruckerehrgeiz ja nicht mehr zu geben, was der Tarif (in dieser Beziehung das Heiligtum der Prinzipale) an Lohn verleihe. Die Gehilfenschaft muß sich notgedrungen damit abfinden, denn haben einzelne Ortsvereine einmal wegen Lohnstreitigkeiten resp. wegen Extraforderungen einen Seitenprung gemacht, indem sie die Arbeit niederlegten, mußten sie gewöhnlich die Forderung für vergeblich bezahlen. Anrufen der Schiedsgerichte war dann gelinde; und der tarifliche Frieden bald wieder hergestellt. Die Prinzipale vertrießten die Kollegen auf die Tarifrevision oder auf die Tarifausschubverhandlung, bei welchen Gelegenheiten die Forderungen wohlwollend geprüft werden sollten.

Wohlwollend geprüft wurden ja auch bis heutigentags die niemals zu hohen Forderungen der Gehilfenvorleiter; anerkannt aber immer nur mit großem Strecklohnzusage. In den letzten Verhandlungen, wo von direkter Lohnzulage gar nicht gesprochen werden kann, zeigten die Prinzipale so viel Entgegenkommen, daß sie nicht einmal das Urteil des Reichsarbeitsministeriums anzuerkennen sich verpflichtet fühlten. Die Parole der Arbeitgeberverbände: „Abbau der Löhne“, scheint ihnen sehr am Herzen zu liegen. Ob und inwieweit sie Glück mit ihrer Starrköpfigkeit haben werden, das wird die Zeit lehren.

Betrachtet man hier in Grünberg die Löhne, so ist staunlich festzustellen, daß unter Löhne mit die allerniedrigsten sind. Metallarbeiter, Holzarbeiter, Textilarbeiter, alle verdienen mehr. Der Durchschnittslohn einer Weberin beträgt mehr als 250 Mk. wöchentlich. Nachgehinkt sind wir stets hinter allen Arbeitergruppen.

Wie die Dinge heute liegen, scheint es, als fühlten sich die Prinzipale außerordentlich stark. Allenfalls schreiben die dem Unternehmerum nachstehende Preise nur von Lohnabbau usw. Und dies in einer Zeit, wo alle Lebens- und Bedarfsartikel wieder bedeutend im Preise anziehen, wo der Preisprozent annähernd verdoppelt werden soll.

Daß wir Buchdrucker bei unserm hohen Lohne noch länger solches Gebahren ruhig mit ansehen sollen, erscheint unmöglich. Deshalb den Gewerkschaften mit auf den Weg: Eilt am 21. Juli neue Forderungen auf, die uns in die Lage versetzen, ein halbwegs menschenwürdiges Dasein zu fristen! Alle Kollegen, auch die der Provinz, werden hinter euch stehen und mit aller Wucht das erhämpten helfen, was unbedingt notwendig ist, um uns über Wasser zu halten.

Grünberg i. Schl.

—r.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

o-s. Aachen. Am 19. Juni fand hier eine Bezirks-Delegiertenkonferenz statt. Vertreten waren die Ortsvereine Aachen, Düren, Jülich, Schleier und Weidenkirchen. Vorsitzender der Versammlung gedachte zunächst mit ehrenden Worten der verstorbenen Kollegen Johann Coenenich und Hüten. Hierauf erstattete er Bericht über die am 6. Juni abgehaltene Kreisamtsitzung. Es wurde folgende Entschließung gefaßt: „Die am 19. Juni tagende Bezirks-Delegiertenkonferenz in Aachen nimmt Kenntnis von dem Berichte der Kreisamtsitzung vom 6. Juni. Sie verurteilt aus scharfster die Anmaßlichkeit der Prinzipale, indem diese auf Abbau der Sonderzulage für das besetzte Gebiet drängen. Die Gehilfen halten den Zeitpunkt für einen Abbau derselben gerade jetzt am ungeeignetsten und fordern die Gehilfenvorleiter auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln einen Abbau der Sonderzulage abzuwehren. Auch fordern die Gehilfen eine Erhöhung der Sonderzulage entsprechend den Lokalverhältnissen.“ Die einzelnen Ortsvereinsvorsitzenden des Bezirks erstatteten Bericht über die tarifliche Lage und konnten mit wenigen Ausnahmen nur Gutes berichten.

Bernkastel. Der Ortsverein Mittelmosel (Bernkastel, Traben-Trarbach, Wittlich), der erst vor einem halben Jahr in Bernkastel das Licht der Welt erblickte, feierte am 19. Juni in Traben-Trarbach sein erstes Johannifest. In der gleichen harmonischen Stimmung wie bei der Gründung verließ auch das erste Johannifest, das in Traben-Trarbach gefeiert wurde. Besonders Lob verdienen die Kollegen von Traben-Trarbach, die sich viele Mühe gaben, um das Fest ohne große Geldausgaben doch zu einem Festen zu gestalten. So war z. B. die dortige Kollegenliste gezwungen, noch am Tage vor dem Fest ein anderes Lokal zu suchen, da die Belegung den ausserordentlichen und vom Wirt zugesagten Saal belegen konnte. Nicht unerwähnt darf bleiben die freundliche Emplang und die gute Bewirtung bei Ankniff der auswärtigen Kollegen. Die Frauen der Kollegen Lambrecht und Snelz verdienen dabei besonderes Lob, wie auch ihre unermüdbare Tätigkeit bei der ganzen Veranstaltung bewundernswert war. Kollege Waap (Frier) hielt die Festrede, in der er das gute Einvernehmen zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft betonte, was auch durch die Anwesenheit zweier Prinzipale der größten Druckereien bewiesen wurde. Ein kleines Theaterstück, gespielt von jungen Schwarzärzten, humoristische Vorträge, Preisquadrätele, Preiswettbewerbe und Tanz gaben der ganzen Veranstaltung eine schöne Abwechslung.

Darmstadt. In der Bezirksversammlung am 9. Juli kam noch zur Sprache, daß verschiedene Firmen in Darmstadt sich mit der Lehrlingsordnung im Rückstande befinden. Auch in der Betriebsrätefrage konnte nichts Erfreuliches von manchen hiesigen Druckereien zutage gefördert werden. Den Kartellbericht erstattete Kollege Kofferbert. Unter „Verschiedenem“ teilte der zweite Vorsitzende Volkehart mit, daß noch einige Kollegen im Rückstande sind mit den beschlossenen 5 Mk. Erststeuer für das Gewerkschaftsamt. Die Verlammlung gab den Befreunden noch eine kurze Frist, andernfalls weitere Schritte unternommen werden.

Frankfurt a. M. (Maschinenmeister.) Die am 24. Juni abgehaltene, gutbesuchte Verlammlung beschäftigte sich nach Erledigung des geschäftlichen Teiles mit der Frage „Wohin das Walzengleichen zu den Nebenarbeiten des Druckers?“, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß in Übereinstimmung mit einem Spruche des hiesigen Tarifschiedsgerichts diese Arbeit nur von gelernten Druckern und nur für die eigene Maschine zu verrichten sei, während dieser Zeit aber keine Funktionen an der Schnellpresse zu verrichten wären. Infolge der hohen Sub- und Trans-

portkollen leben es die Firmen teilweise vor, den Sub- und Trans- port vorzunehmen, allerdings mit den primitivsten Mitteln, wie es sich in einer hiesigen Druckerei ereignet hat. Unter „Technikum“ referierte Kollege Meß über die Anfertigung von Schneidstrichplatten. In Hand einer reichhaltigen Kollektion schilderte er die verschiedenen Arbeitsgänge, die teils auf der Prägepresse, zum größten Teil aber in Zuzudruck mit Verwendung von Autotypen hergestellt werden. Die Drucke, die schablonenhaltig mit Auflegung der gewünschten Nuanzen von farbigen, gelatinierten Papieren erzielt werden, zeigen die schönsten Effekte. Dem Referenten wurde am Schluß seiner Ausführungen reichlicher Beifall gesendet. Unter „Verschiedenem“ wurde die letzte hiesige Gehilfenprüfung einer scharfen Kritik unterzogen, da von 13 Prüflingen 4 gänzlich versagten, 4 nur knapp genügt, und nur der Rest einwandfrei anzusehen sei. Am hier endlich das Abbel an der Wurzel zu fassen, wurde beschlossen, mit dem Deutschen Buchdruckerverein in Verbindung zu treten, und mit dessen Unterstützung der Prüfungskommission das Recht zugestanden wird, sich von Zeit zu Zeit in den Betrieben der Lehrlinge zu überzeugen, mit welchen Arbeiten sie beschäftigt werden, oder alljährlich eine Repräsentation vorzunehmen. Da die Lehrlinge in einigen Betrieben, auch größeren, nur zum Auflegen und Aufbinden herangezogen werden, sind die Prinzipale auch allein verantwortlich, wenn unter solchen Verhältnissen die Ausbildung leidet. Es sollen daher Maßnahmen getroffen werden, daß in solchen Fällen der Ausbildung, anders kann es nun einmal nicht genannt werden, der betreffende Lehrling auf Kosten des Prinzipals in einem anderen Betriebe nachlernt. Ein Fall wurde erwähnt, wo ein Lehrling im dritten Jahre begünstigt erwählte, daß er „schon“ Konvers und Wilsentkarten drucken könne, und da kommt nun Prinzipalstelle fortwährend die Frage über ungenügende Leistungen! Was sollten die Prinzipale endlich vor Augen halten, daß zum Auflegen Hilfsarbeiter und für Pakete und Ausgänge zu besorgen, Ausläufer genügend vorhanden sind. Den Ortsvereinen, die noch nachträglich zu unserm Jubiläum Glückwünsche sandten, sei auch an dieser Stelle nochmals unser Dank zum Ausdruck gebracht.

Södn. Unter „Verschiedenem“ wurde auf der am 3. Juli in Södn abgehaltenen Bezirksvorleiterkonferenz das Verhalten der Oppositionskollegen im Kreise II, die sich logar dazu verließen, auf eigene Faust „Gewerksammlungen“ abzuhalten, scharf verurteilt. Wenn auch eine gesunde Opposition von allen Konferenzteilnehmern für nötig gehalten und sogar gewünscht wurde, so wurde das Benehmen dieser Kollegen — es wurden kaum glaubliche Vorkommnisse aus einer Offener Verlammlung zum besten gegeben — als verbandsschädigend bezeichnet, weil dadurch den Kollegen der Verlammlungsbesuch verleidet wird. Ein krasser Fall kam von Düsseldorf zur Sprache, wo ein früherer „Hauptmann“ der Opposition zu Unrecht bezogene Verbandsunterstützung für vier Wochen zurückzahlen sich weigerte, trotzdem ihm in einer Schiedsgerichtssitzung der Lohnausfall zugesprochen wurde. Derselbe ist jetzt in einem entlegenen Stadtteil Düsseldorfs in Stellung, wo er es mit der Dauer der Arbeitszeit gar nicht „so genau“ nehmen soll. Gegen ihn soll nach dem Statut verfahren werden.

Mains. (Maschinenmeister — Vierteljahrbericht.) In hiesiger Zahl beteiligten sich die Druckerkollegen des Bezirks Mains an dem am 24. April in Frankfurt abgehaltenen Südwestdeutschen Maschinenmeisterstag, dessen wichtigste Veranstaltungen lehrreiche Besichtigungen der Schriftgießerei von Bauer und Stempel sowie ein Festakt in der Gewerkschaft bildeten. Seinem Zwecke, die Kollegen der weiteren Umgebung in Frankfurt zusammenzuführen, um der Spartenbewegung neuen Antrieb zu verleihen, hat der Maschinenmeisterstag entsprochen. — In der Bezirkszeitung fanden Verlammlungen am 7. Mai und 18. Juni statt. Im Vordergrund der Beratungen standen technische Fragen sowie die Besprechung der Publikationen der Zentralkommission. Mehrere zugereifte und neuausgelernte Kollegen wurden aufgenommen. In der Malerlammlung hielt Kollege Baumgärtner den von der Zentralkommission zur Verfügung gestellten Vortrag über: „Offendruck“. Daran knüpfte sich eine Ausprache über die Entwicklungsmöglichkeiten dieses Druckverfahrens und die Befragung der Offsetmaschine. Eine nachhaltige Wirkung erzielte der Vortrag durch eine am 27. Mai veranstaltete Besichtigung der Offsetmaschine in der Druckerei Scheyer. Dieser Firma sei für das Entgegenkommen auch an dieser Stelle gedankt. — In Gemeinlichkeit mit der „Typographia“ fand am 29. Mai eine Besichtigung des städtischen Gaswerkes statt, die einen interessanten Einblick in die Gewinnung des Gases und anderer Produkte aus der Steinkohle gewährte. — In der Sunberlammlung fand das Rundschreiben der Kreiszentrale der Maschinenmeistervereine im Gau Mittelrhein eingehende Besprechung. Die Kreiszentrale erstrebt den Anschluß aller im Gau bestehenden Maschinenmeistervereine an den Vorort Mannheim, während ein Teil dieser Vereine dem Kreis Frankfurt angehöre, ist, darunter auch Mains. Nach Erörterung der Verhältnisse, die zum Anschluß einiger Vereine an den Kreis Frankfurt heranzuführen gaben, wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Erledigung dieser Angelegenheit durch eine Entschleunigung der maßgebenden Instanzen herbeigeführt werden müsse. Aber „Moderne Zeitungsdruckmaschinen“ sprach Kollege Freiner unter Wiedergabe der bei einer Besichtigung mehrerer Frankfurter Zeitungsdruckbetriebe gewonnenen Eindrücke. Die Beantwortung technischer Anfragen und Besprechung einer technischen Neuerung bildete den Schluß der Verlammlung.